

Abwägungsprotokoll vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19 "Solarpark Dunke" der Gemeinde Bensdorf

für die Gemeindevertretung der Gemeinde Bensdorf am 06. Mai 2024

über die während der formellen Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden nach § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB sowie während der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen zum Vorentwurf des o.g. Bebauungsplans.

Mit Schreiben vom 19.12.2023 wurden die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB über die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans informiert und unter Fristsetzung bis zum 06.02.2024 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans aufgefordert. In der Zeit vom 02.01.2024 bis einschließlich 06.02.2024 fand die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB statt. Nachstehende Anregungen gingen während der Beteiligungsfrist ein.

Inhaltsverzeichnis

Tabelle 1	Aufstellung der mit Schreiben vom 19.12.2023 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
Tabelle 2	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben
Tabelle 3	Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden
Tabelle 4	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

**Tabelle 1 Aufstellung der mit Schreiben vom 19.12.2023 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Nachbargemeinden, die eine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
1	Gemeinde Milower Land, Milower Land	02.01.24
2	GDMcom GmbH, Leipzig	03.01.24
3	Amt Ziesar	05.01.24
4	E.DIS Netz GmbH, Jüterbog	05.01.24
5	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Potsdam	08.01.24
6	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	15.01.24
7	Land Brandenburg Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Cottbus	15.01.24
8	Stadt Genthin	16.01.24
9	Land Brandenburg Landesamt für Bauen und Verkehr, Cottbus	18.01.24
10	Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde	19.01.24
11	Land Brandenburg, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Potsdam	25.01.24
12	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH, Niemegk	26.01.24
13	Land Brandenburg, Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	30.01.24
14	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement	30.01.24
15	Landkreis Potsdam-Mittelmark	05.02.24
16	Land Brandenburg, Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	06.02.24
17	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, Potsdam	06.02.24
18	Land Brandenburg, Landesamt für Umwelt, Potsdam	06.02.24
19	Stadt Brandenburg an der Havel	06.02.24
20	Land Brandenburg, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	18.01.24

Tabelle 2 Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben

Nr. Träger öffentlicher Belange

- 1 Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming
- 2 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abteilung Denkmalpflege
- 3 Deutsche Telekom Technik GmbH, Dresden
- 4 EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam
- 5 NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co.KG, Abteilung Netzsupport
- 6 Wasser- und Bodenverband Untere Havel-Brandenburg/Havel
- 7 Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam
- 8 Polizeipräsidium Potsdam, Schutzbereich Brandenburg
- 9 Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst
- 10 BIMA Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
- 11 BVVG Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH
- 12 Landesjagdverband Brandenburg e.V.
- 13 Waldkleeblatt - Natürliche Zauche e.V.
- 14 Freier Wald e.V.
- 15 Industrie- und Handelskammer Potsdam
- 16 Amt Wusterwitz für die Gemeinden Bensdorf und Rosenau
- 17 Stadt Jerichow
- 18 Sächsische Vogelschutzwarte Neschwitz

Tabelle 3 Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
1	Gemeinde Milower Land Friedensstraße 86 14715 Milower Land	02.01.24	Seitens der Gemeinde Milower Land bestehen gegenwärtig keine Bedenken oder Anregungen zum Entwurf des B-Plans. Es wird darauf hingewiesen, dass in der Gemarkung Nitzahn, unmittelbar an der Grenze zur Gemeinde Bensdorf, die Errichtung des Solarparks "Knoblauch Süd" geplant ist. Der Aufstellungsbeschluss und der Einleitungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung Milower Land am 29.06.2022 gefasst.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen. Der geplante Solarpark "Knoblauch Süd" der Gemarkung Nitzahn ist ab ca. 2 km entfernt und beeinflusst das Plangebiet nicht.
2	GDMcom GmbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig	03.01.24	GDMcom GmbH erteilt Auskunft für folgende Anlagenbetreiber: Erdgasspeicher Peissen GmbH, Hauptsitz Halle --> keine Betroffenheit Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), Hauptsitz Schwaig b. Nürnberg --> keine Betroffenheit ONTRAS Gastransport GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit VNG Gasspeicher GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der o.g. Anlagenbetreiber. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden, ist eine erneute Anfrage durchzuführen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
3	Amt Ziesar Fachbereich Bauen Mühlentor 15 A 14793 Ziesar	05.01.24	Das Amt Ziesar sieht seine Interessen und Belange von der Planung nicht berührt und erhebt keine Einwendungen gegen die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
4	E.DIS Netz GmbH Luckenwalder Berg 7 14913 Jüterbog	05.01.24	Vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung des Anlagenbestandes und Beachtung der Anmerkungen bestehen gegen die Planung keine Bedenken. Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf das Mittel- und Niederspannungsnetz der E.DIS Netz GmbH. Für die im Bereich verlaufende 110 kV-Hochspannungsfreileitung wird eine separate Stellungnahme der Abteilung Hochspannung ergehen. Im Bereich des Plangebietes befinden sich Leitungen und Anlagen des Unternehmens. Aktuelle Planauskünfte können online im Planauskunftsportal unter https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html angefordert werden.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Eventuell notwendige Änderungen an den Anlagen sind rechtzeitig abzustimmen. Die Stellungnahme beinhaltet keine Zusage zum Anschluss des Solarparks an das Versorgungsnetz, da hierzu eine vertragliche Vereinbarung mit dem Investor im Ergebnis einer netztechnischen Prüfung erforderlich ist, welche nach Antragstellung in einem gesonderten Verfahren durch die zuständigen Fachabteilungen durchgeführt wird. Hinweise, welche bei der weiteren Planung zu berücksichtigen sind:</p> <p>Netzbetrieb</p> <p>Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbeseitigung zu gewährleisten, wird darauf geachtet, die Leitungstrassen von Baumbepflanzungen freizuhalten. Es ist erforderlich, im Rahmen der konkreten Planung von Pflanzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Flächen, eine Abstimmung durchzuführen. Es wird gebeten, das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen zu beachten.</p>	Die Hinweise sind im nachfolgendem Bauantragsverfahren zu berücksichtigen.
			<p>Kabel</p> <p>Zu den vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
5	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg Dezernat 21.1 Geodätischer Raumbezug Heinrich-Mann-Allee 104 B 14473 Potsdam	08.01.24	Durch die vorgesehenen Anpassungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans werden keine amtlichen Lage- und Höhenfestpunkte gefährdet. Aus Sicht der LGB steht dem Vorhaben somit nichts entgegen. Es wird gebeten, von einer weiteren Beteiligung im Rahmen dieses Verfahren abzusehen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
6	50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 10557 Berlin	15.01.24	Im Plangebiet befinden sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen oder in nächster Zeit geplant sind. Die Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
7	Land Brandenburg Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Inselstraße 26 03046 Cottbus	15.01.24	Es besteht keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung. Es bestehen keine Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können. Es bestehen keine beabsichtigten Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zum Plan: Geologie Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem wird auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hingewiesen (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
8	Stadt Genthin Marktplatz 3 39307 Genthin	16.01.24	Seitens der Stadt Genthin bestehen keine Einwände und Hinweise zu den vorgelegten Unterlagen. Bauleitplanerische Belange der Stadt Genthin werden nicht berührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
9	Land Brandenburg Landesamt für Bauen und Verkehr Außenstelle Cottbus PSF 10 07 44 03007 Cottbus	17.01.24	Die eingereichten Unterlagen wurden geprüft. Die, gegenüber dem B-Plan-Vorentwurf (Stand Februar 2023) zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen wurden zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Landesverkehrsplanung bestehen weiterhin keine Einwände. Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV werden nicht berührt. Durch die Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
10	Land Brandenburg Landesbetrieb Forst Brandenburg Untere Forstbehörde Waldfrieden 11 14806 Bad Belzig	19.01.24	Die erneute Beteiligung am Planverfahren lässt keine Waldbetroffenheit erkennen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
11	Land Brandenburg Gemeinsame Landesplanungsabteilung Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 14467 Potsdam	25.01.24	Aus Sicht der Landesplanungsabteilung stehen Ziele der Raumordnung dem geplanten Vorhaben nicht entgegen. Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung wurden mit den Stellungnahmen vom 13.05.2020 und 09.03.2023 zugesandt. Die für die Bewertung der vorliegenden Planung relevanten Ziele sind seither unverändert, so dass diese Stellungnahme weiterhin Gültigkeit behält.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
12	APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH Bahnhofstraße 18 14823 Niemegk	26.01.24	<p>Die APM Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH mit Sitz in Niemegk ist im Landkreis Potsdam-Mittelmark mit der Abfallentsorgung beauftragt. Damit abfallwirtschaftliche Belange bereits im Planungsstadium berücksichtigt werden, werden nachfolgend alle Informationen und Voraussetzungen aufgezeigt, die für eine Gewährung der Abfallentsorgung erforderlich sind.</p> <p>Laut Katasteramt liegt unsere Wendestelle teilweise mit auf dem Flurstück 22. Sollte wirklich die Einzäunung der Fläche auf der Flurstücksgrenze erfolgen, würde unsere Wendestelle wegfallen und es muss ortsnahe Ersatz geschaffen werden, da sonst eine Vorortentsorgung von Dunke nicht mehr erfolgen kann.</p> <p><u>1. Rechtliche Grundlagen - unabhängig von baurechtlichen Normen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landkreises Potsdam-Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung - Unfallverhütungsvorschriften bzw. Berufsgenossenschaft Vorschriften, DGUV Vorschrift 43 "Müllbeseitigung" sowie DGUV Information 214-033 Nr. 5 und DGUV-Regeln 114-601 - Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RAS 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008 <p><u>2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam-Mittelmark zur Abfallentsorgung</u></p> <p>Die Abfallentsorgung erfolgt mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik. Es sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge wie folgt sind:</p> <p>Länge: 11,10 m Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radius Radradius: 0,54 m</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Da im Plangebiet keine Abfallentsorgung vergleichbar mit Wohn- oder anderen Gebieten vom Abfallentsorger angefordert werden wird, sind die benannten "Anforderungen an die Gewährleistung der Abfallentsorgung vor der Haustür" nicht zutreffend.</p> <p>Eine mögliche Veränderung der Wendestelle soll im Zusammenhang mit der Errichtung der Zufahrt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft werden, so dass ortsnahe ein Ersatz geschaffen werden kann.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen</u></p> <p>Fahrzeuge dürfen nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Das bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung der höchstzulässigen Fahrzeugbreite gem. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten - ausreichende Tragfähigkeit (bis 30 t) - Gestaltung muss so erfolgen, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden - Bemessung muss so sein, dass an den Ein- und Ausfahrten mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt wird, dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäume und ausgewiesene Parkplätze - Gestaltung muss so erfolgen, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können <ul style="list-style-type: none"> - Gestaltung muss so erfolgen, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können - eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand muss gegeben sein, insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtraumprofil ragen - weiterhin ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind 	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>4. Stichstraßen</u></p> <p>Gemäß § 16 DGUV "Abfallsammlung" ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Deshalb ist am Ende von Stichstraßen eine geeignete Wendeanlage in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m (besser ist jedoch nicht kleiner als 25,00 m lt. Praxis).</p> <p><u>5. Privatstraßen</u></p> <p>Sollte die Entsorgung an den Grundstücken nur durch Befahren einer Privatstraße möglich sein, wird darauf hingewiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/des Eigentümer/s einzutragen ist. Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>6. Einrichtung von Sammelplätzen</u></p> <p>Bei Straßen u. Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen, müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug befahrbare Straßen angelegt werden. Folgende Vorgaben sind dabei zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sammelplätze sind in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern - Käufer der Grundstücke sind im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind - Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden - Sammelplätze müssen so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist - Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer abzustimmen - eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden 	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<p><u>7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen</u></p> <p>Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung sicherzustellen. Dafür ist die Kennzeichnung der Behältnisse und die Abstimmung der Sammelplätze mit der APM GmbH erforderlich (mind. 14 Tage vor Baubeginn).</p> <p>Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen bedarf folgender Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine feste, d.h. bis 30 t belastbare Fahrbahn - Bodenwellen oder -senken sind soweit wie möglich zu minimieren, Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden - Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten - während Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen 				
13	Land Brandenburg Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Seeburger Chaussee 2 14476 Potsdam	25.01.24	Die vom B-Plan betroffenen Flächen der Gemarkung Bensdorf, Flur 33, Flurstücke 19, 21, 22 und 32 (Teilflächen) liegen nicht im laufenden Bodenordnungsverfahren "Wusterwitz". Daher ist eine Stellungnahme entbehrlich.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
14	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement August-Bebel-Straße 10 14789 Wusterwitz	30.01.24	Die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung ist von der Planung nicht berührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
15	Landkreis Potsdam-Mittelmark Dienststelle: Fachbereich 4 Potsdamer Straße 18a 14513 Teltow			
15.1	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Umwelt Untere Wasserbehörde		<p>Wasserrechtliche Belange stehen dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>Grundwasser: Der Flurabstand entspricht laut GIS ca. 1-2 m uGOK. Somit liegt im Bereich des geplanten Vorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor.</p> <p>Oberflächengewässer: Das Plangebiet grenzt an Gräben der Gewässer II. Ordnung an. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen, die räumliche Ausdehnung und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise wurden in der Planung berücksichtigt.</p> <p>Mit der Reduzierung des Geltungsbereiches liegen die benannten Gewässer II. Ordnung außerhalb des B-Plangebietes.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Löschwassererschließung: Sollen Löschwasserbrunnen innerhalb des Brandschutzkonzeptes eingeplant werden, sind diese bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Die UWB bevorzugt Brunnen, die in dem obersten Unbedeckten Grundwasserleiter ausgebaut werden.</p>	<p>In der nachgeordneten Genehmigungsplanung sind im Brandschutzkonzept die Löschwasserbedingungen zu beachten.</p>
			<p>Batteriespeicher: Innerhalb des Planverfahrens ist zu klären, ob ein Batteriespeichersystem in Zukunft errichtet werden soll. Hinweis: Nach derzeitigem Stand der Technik können in Brand geratene Batteriespeichersysteme nicht mit Wasser gelöscht werden. Es kann im Brandfall lediglich gekühlt werden. Derzeit gibt es keine dichten Batteriespeichersysteme, sodass Löschwässer und Kühlwässer vollständig zurückgehalten werden müssen, damit diese nicht ins Grundwasser gelangen. Die technische Umsetzung ist sehr schwierig. Sollten Batteriespeichersysteme in Brand geraten, sind diese ohne Löschwasser kontrolliert abbrennen zu lassen. Dieser Vorgang kann sich über Tage hinwegziehen.</p>	<p>In der nachgeordneten Genehmigungsplanung sind im Brandschutzkonzept die Brandschutzanforderungen für Batteriespeichersysteme zu beachten.</p>
			<p>Auf Grund des geringen Grundwasserflurabstandes erkennt die untere Wasserbehörde derzeit keine Bestimmungen, mit denen schädliche Gewässeränderungen bei einem Brandereignis abzuwenden sind. Mit Verweis des im Wasserhaushaltsgesetz formulierten Besorgnisgrundsatz könnte ein Batteriespeichersystem nicht genehmigungsfähig sein.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
15.2	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Umwelt Untere Abfallwirtschaftsbehörde		<p>Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>Einwendungen: Die Untere Abfallwirtschaftsbehörde hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts: Es bestehen keine Hinweise.</p> <p>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen: Es bestehen keine Hinweise.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Weitergehende Hinweise:</p> <p>Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen. Dieser ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfälle ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass die unterschiedlichen Abfallarten getrennt erfasst werden. Es sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzustellen.</p> <p>Nicht verwertbare Abfälle sind gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.</p>	<p>In der nachgeordneten Genehmigungsplanung sind die Hinweise zur Abfallentsorgung und -verwertung zu beachten.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen. Am 1. August 2023 ist die Ersatzbaustoffverordnung sowie die Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung in Kraft getreten. Entsprechend sind bei einer Verwertung von mineralischen Abfällen seit diesem Zeitpunkt die Materialwerte nach Anlage 1 der ErsatzbaustoffV i.V.m. den zulässigen Einbauarten nach Anlage 2 bzw. 3 der ErsatzbaustoffV anzuwenden.</p> <p>Die technischen Regeln der LAGA M20 gelten seit dem 01.08.2023 nicht weiter. Sollte ein Einbau aufbereiteter mineralischer Abfälle vorgesehen sein, wird darum gebeten, sich mit dem FD 46 des Landkreises Potsdam-Mittelmark in Verbindung zu setzen.</p>	
15.3	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Umwelt Untere Bodenschutzbehörde		Seitens der Unteren Bodenschutzbehörde bestehen keine Einwände.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<u>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u>	
			Eine Alternativenprüfung zur Standortauswahl wurde durchgeführt.	
			Eine Reduzierung des Geltungsbereiches des B-Plans wurde zum Schutz der vorkommenden Moore vorgenommen.	
			Weiterhin ausstehend ist die Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes mit Bodenschutzplan. Darin sind konkrete Maßnahmen zum Bodenschutz abzuleiten. Dies ist aufgrund der hohen Ertragsfähigkeit der vorhandenen Böden zwingend erforderlich.	Das Bodenschutzkonzept mit Bodenschutzplan ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.
			Mögliche Maßnahmen sind:	
			1. weitestgehend möglicher Verzicht auf Bodenversiegelung und Planung kurzer Erschließungs- und Anfahrtswege (für Reparatur und Wartung), Wege und Zufahrten sollen nur ohne zusätzliche Versiegelung errichtet werden 2. witterungsangepasste Bauzeitenplanung 3. Einsatz von bodenschonender Technik	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>4. zum Schutz des Bodens sind die vorgesehenen Baubedarfsflächen, d.h. alle Lager-, Auftrags- und Baustelleneinrichtungsflächen zu ermitteln und in einem Bodenschutzplan räumlich festzulegen Flächen, die nicht baulich oder temporär genutzt werden, sind im Bodenschutzplan gesondert darzustellen. Für diese Flächen sind Schutzmaßnahmen gegen Befahren oder Materialablagen (z.B. Bauzäune) einzuplanen. Die vorgesehenen Baubedarfsflächen, die baubedingt befahren werden müssen oder zur Materialablage dienen, sind durch geeignete Maßnahmen gegen ungewollte Bodenverdichtung zu schützen (z.B. Lastverteilungsplatten).</p> <p>5. die Flächen unter den Solarpanelen sind so zu bewirtschaften, dass die landwirtschaftliche Nutzfunktion erhalten bleibt</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>6. ein Eintrag von schädlichen Stoffen ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern/vermindern</p> <p>Nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB können für Böden Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung im Bebauungsplan festgelegt werden.</p> <p>Grundsätzlich ist zu beachten, dass sich jeder, der auf den Boden einwirkt, so zu verhalten hat, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden können.</p> <p>Darüberhinaus ist derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können.</p>	
			<p>Das Ergebnis der Abwägung ist der Unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen.</p> <p><u>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u></p> <p>Die Einhaltung der auf Grundlage des Bodenschutzkonzeptes / Bodenschutzplans festgelegten Maßnahmen ist zu überwachen und zu dokumentieren. Die Dokumentation ist der Unteren Bodenschutzbehörde vorzulegen.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
15.4	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Umwelt Untere Naturschutzbehörde		<p data-bbox="983 260 1397 280"><u>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</u></p> <p data-bbox="983 292 1532 576">Für den Fall, dass konzeptionelle artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nicht den erforderlichen Erfolg haben, sind die Maßnahmen anzupassen oder alternative Maßnahmen zu entwickeln und bis zum Einstellen des Erfolges durchzuführen. Gegebenenfalls ist dafür auf B-Plan-externe Maßnahmen zurückzugreifen, die dem Grunde nach bereits Bestandteil des artenschutzrechtlichen Konzeptes sein sollten.</p> <p data-bbox="983 619 1245 639">Weitergehende Hinweise</p> <p data-bbox="983 651 1263 671">1. Gemeinsame Arbeitshilfe</p> <p data-bbox="983 683 1491 802">Es wird die Berücksichtigung der "Gemeinsamen Arbeitshilfe PV-FFA - Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg" empfohlen.</p>	Im Umweltbericht sind die vorgesehenen Überwachungs- / Monitoringmaßnahmen benannt.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>2. Besonderer Artenschutz</p> <p>Die als Ergebnisse der Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung formulierten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen sollten, soweit wie rechtlich möglich, festgesetzt, hilfsweise mittels städtebaulichem Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger vereinbart werden. Sie sollten darüber hinaus in ein artenschutzrechtliches Konzept für die Nutzungsphase und für die Überwachung gemäß § 4c BauGB übertragen werden.</p> <p>Auf der Plangebietsfläche vorhandene artenschutzrelevante Strukturen wie Gehölze, Stein- und Holzhaufen sollten möglichst an Ort und Stelle erhalten werden. Sofern dies nicht möglich ist, sollten Stein- und Holzhaufen in die Randbereiche der Plangebietsfläche umgelagert, Gehölze ebenda neu gepflanzt werden. Ziel ist es, im Plangebiet möglichst viele Strukturen zu erhalten, die die Ansiedlung von Arten ermöglichen.</p>	<p>Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Vermeidungs- und Monitoringmaßnahmen sind unter B Textliche Festsetzungen in der Planzeichnung berücksichtigt und somit im Plangebiet verbindlich.</p>
			<p>Um die von der Planung betroffenen Feldlerchen-Reviere nach der Errichtung der PV-FFA mit hinreichender Sicherheit im Plangebiet zu bewahren, sind insbesondere folgende Maßnahmen geeignet:</p> <p>a) Errichtung einzelner Modulreihen-Paare mit vergrößertem Abstand von mindestens 7,62 m zueinander in gleichmäßiger Verteilung über das Plangebiet oder</p> <p>b) plangebietsexterne Anlage und Unterhaltung von Blüh- mit Schwarzbrache-Streifen auf geeigneten Flächen entsprechend der Anlage "Blüh- mit Schwarzbrache-Streifen"</p>	<p>Im Maßnahmenblatt V O2 "Feldlerchengerechte Ausgestaltung des Solarfeldes" wird ausführlich die Berechnung der besonnten Streifen ausgeführt und ein Modulreihenabstand von 5,50 m für ein besiedeltes Feldlerchenrevier begründet.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Bei der Anlage linienhafter Strukturen entsprechend a) und b) sind insbesondere die einschlägigen Meideabstände der Feldlerche zu vertikalen Strukturen zwingend zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> > 50 m zu Einzelbäumen und Feldhecken > 120 m zu Baumreihen, -hecken und Feldgehölzen > 160 m zu geschlossenen Gehölzkulissen <p>differenzierte Abstände zu verschiedenen Arten von Freileitungen (ca. 50 bis > 200 m)</p> <p>Für ein Feldlerchen-Revier sind für Maßnahmen entsprechend a) und b) ca. 300 laufende Meter einzuplanen.</p>	<p>Dies betrifft ein Aufweiten der Modulreihen für 11 Feldlerchenreviere (300 lfd. Meter pro Feldlerchen-Revier) auf insgesamt 3.300 lfd. Meter. Der Standardabstand der Modulreihen beträgt 3,50m.</p>
			<p>Fachlicher Hintergrund der Maßnahme unter a) ist die Studie Solarparks - Gewinne für die Biodiversität; Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V., 2019</p> <p>Danach wurde im Rahmen des deutschlandweiten Monitorings von PV-FFA festgestellt, dass die Feldlerche zur Besiedlung von PV-FFA zwischen den Modulreihen zwischen Mitte April und Mitte September von ca. 9 bis 17 Uhr besonnte Streifen von mindestens 2,5 m Breite benötigt. PV-FFA mit engeren Modulreihenabständen und ohne sonst geeignete Revierflächen werden von Feldlerchen nicht besiedelt.</p> <p>Berechnung des erforderlichen Modulreihenabstands: Im Plangebiet beträgt der Schattenwurf von 2,3 m hohen Objekte abzüglich 0,7 m am 15. April um 9 Uhr 5,12 m. 5,12 m Schattenstreifen + 2,50 m besonnener Streifen = 7,62 m erforderlicher Modulreihenabstand.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Mit Blick auf die in der Regel zwei jährlichen Bruten der Feldlerche sollten Mahd-Zeiten ab Ende März eines jeden Jahres in folgender Weise gelten: erster Schnitt Mitte Juni weitere Schnitte nur erforderlichenfalls, dann aber erst nach Mitte August Das Mahdgut ist zu entnehmen, um den Boden auszuhagern. Terminanpassungen durch die ökologische Baubegleitung sollten möglich sein. Außerdem sollte der Hochschnitt (> 10 cm über GOK) bestimmt werden. Daneben sollten auch Bindungen zum Mähschema getroffen werden: partielle Mahd der Fläche beispielsweise um einige Wochen versetztes streifenweisen Mähen nur jeder zweiten Modulreihe, Belassen von Mähinseln etc. Die Vorgaben von Mahd-Zeiten, der Hochschnitt und Bindungen zum Mähschema sind wirksame Beiträge, die das Verletzen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG, namentlich die Zerstörung von Gelegen oder das Töten von Jungvögeln der geannten Arten, verhindern können. Die Erläuterungen zur Feldlerche sind für Wiesenschafstelzen analog anzuwenden. CEF-Maßnahmen müssen gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG mit Beginn des (Zugriffs-)Vorhabens bereits wirksam sein. Das heißt, sie müssen so rechtzeitig durchgeführt werden, dass zwischen dem dokumentierten Erfolg der Maßnahmen und dem vorgesehenen Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht. Außerdem müssen CEF-Maßnahmen in einem sehr engen räumlichen Zusammenhang realisiert werden, damit die betroffene ökologische Funktion dort weiterhin erfüllt wird.</p>	<p>Die Feldlerchengerechte Bewirtschaftung wird in folgenden Maßnahmenblättern erläutert:</p> <p>A1 Einsatz von Grünlandarten der Frischwiesen zwischen Modultischen, Magerrasen zur Etablierung von artenreichen Grünlandgesellschaften, ...</p> <p>V O2 Feldlerchengerechte Ausgestaltung des Solarfeldes</p> <p>CEF O1 Feldlerchengerechte Bewirtschaftung der Modulreihen</p> <p>Die Umsetzung der CEF-Maßnahmen ist Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			Ausgleichsmaßnahmen sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern, durch die Gemeinde zu überwachen und so lange zu unterhalten, wie die ihr zugrundeliegenden Beeinträchtigung von Arten anhält. Über die Durchführung und den Erfolg von Ausgleichsmaßnahmen ist die untere Naturschutzbehörde durch den Vorhabenträger unverzüglich und in geeigneter Weise zu unterrichten.	Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Vermeidungs- und Monitoringmaßnahmen sind unter B Textliche Festsetzungen in der Planzeichnung berücksichtigt.
			Ein Dienstleistungsvertrag über die Erbringung von planexternen Ausgleichsmaßnahmen muss vor dem Satzungsbeschluss über den B-Plan abgeschlossen worden sein.	Die Hinweise werden in der weiteren Planung berücksichtigt.
			Das Besondere Artenschutzrecht ist als europäisches Gemeinschafts- und Bundesrecht höherrangig und kann von der Gemeinde nicht im Wege der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB überwunden werden.	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>3. Baumschutz / Baumersatz</p> <p>Sofern die Durchführung des B-Plans zur Beseitigung von Bäumen und Feldgehölzen führen kann, die aktuell gemäß § 2 Abs. 2 GehölzSchVO PM geschützt sind, ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) BauGB die Kompensation bereits auf der Ebene abschließend zu regeln, weil die GehölzSchVO PM im Geltungsbereich von Bebauungsplänen gemäß § 1 Abs. 1 GehölzSchVO PM keine Anwendung mehr findet. Dafür eignet sich eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, die sich am Ersatzmaßstab des § 8 Abs. 1 GehölzSchVO PM orientieren kann.</p>	<p>Eine Beseitigung von Bäumen und Feldgehölzen ist nicht geplant, sollte im Rahmen der Umsetzung eine Beseitigung erforderlich werden, sind diese als Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung aufzunehmen.</p>
			<p>Die Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb von qualifizierten Flächenpools abgelöst werden. Sie sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern.</p> <p>4. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung</p> <p>Zur Förderung der Biodiversität wird angeregt, möglichst viele heimische Gehölzarten für die geplanten Gehölzpflanzungen festzusetzen, deren Standortansprüche im B-Plan-Gebiet erfüllt sind. Insofern wird auf die Anlage zur GehölzSchVO PM verwiesen, die alle gebietsheimischen Baum- und Straucharten mit ihren Standortansprüchen enthält. Es wird ausdrücklich auf die Einhaltung der Regelungen des § 40 Abs. 1 BNatSchG, den Erlass über die Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 sowie die Handlungsanleitung gebietseigenes Pflanz- und Saatgut zur Umsetzung des § 40 BNatSchG hingewiesen. Es sind ausschließlich Gehölze und Saatgut aus gebietseigenen Herkünften zu verwenden.</p>	<p>Die Verwendung von gebietseigenen Pflanz- und Saatgut, auch durch Mahdgutübertragung, ist mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzt.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Beim Saatgut sollten aus Gründen der Förderung der Biodiversität vorzugsweise kräuterreiche Mischungen festgelegt werden.</p>	
			<p>Kompensationsverpflichtungen können auch durch vertragliche Regelungen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in qualifizierten Flächenpools abgelöst werden.</p>	
			<p>5. Einfriedung Sofern keine Beweidung der PV-FFA geplant wird, sollte die Einfriedung zusätzlich ca. alle 30 m durch 30 cm hohe und breite Durchlässe für mittelgroße Säugetiere unterbrochen sein. Das wäre ein Beitrag zur (weiteren) Reduzierung der Barrierewirkung der Einfriedung.</p>	<p>Die Festsetzungen zur Einfriedung wurden Migrationsfreundlich unter Punkt 6 festgesetzt: "Um Kleintieren/Mittelsäugetieren das Durchqueren der Anlage zu ermöglichen, ist mit der Zaununterkante erst ab 0,15 m über Erdreich zu beginnen, größere Öffnungen aller 30,00 m"</p>
15.5	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Landwirtschaft		<p>Die für das Planvorhaben vorgesehenen Flächen werden derzeit von der Agrar GmbH Märkisch Bensdorf bewirtschaftet.</p> <p>Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit dem Bewirtschafter im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen. Acker oder Grünland sollten nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Umsetzung des Vorhabens erfolgt im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern und in Abstimmung mit den Bewirtschaftern.</p> <p>Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise und unter dem Aspekt der Energiegewinnung liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem Planvorhaben vor.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
15.6	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Technische Bauaufsicht, Bereich Brandschutz		<p>Nach den Vorgaben des BauGB sind u.a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen. Es ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung, auf Grund der vorgesehenen Nutzung sind mindestens 800l/min für zwei Stunden erforderlich, sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis von ca. 300 m zur Verfügung stehen. Es sind ausreichend geeignete Zufahrten bzw. Zugänge für die Feuerwehr vorzuhalten bzw. ständig benutzbar zu halten und mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-74x210 "Feuerwehruzufahrt" zu kennzeichnen. Diese müssen, insbesondere hinsichtlich der Breite und Tragfähigkeit, nach der "Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" ausgeführt sein.</p> <p>Es sind geeignete Stell- und/oder Bewegungsflächen für die Feuerwehr nach Absprache mit der Brandschutzdienststelle vorzuhalten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Versorgung mit Wasser, besonders die ausreichende Löschwasserversorgung, sowie die Verkehrswege zur Nutzung für die Feuerwehr werden in einem Brandschutzkonzept bei der Genehmigungsplanung berücksichtigt.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
15.7	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Gesundheit		<p>Das Vorhaben wurde fachamtlich anhand vorgelegter Begründung bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p> <p>Die Wohngebäude und Grundstücke der Siedlung Dunke liegen westlich der PV-Anlage und weniger als 100 m von den Photovoltaikanlagen entfernt.</p> <p>Desweiteren verläuft hier auch die Gemeindestraße zwischen Vehlen und Dunke, die im Bereich der Siedlung, der Gemeindestraße und der angrenzenden PV-Anlage bereits gut begrünt ist. Im Umweltbericht werden Ausführungen bzgl. der Einwirkungen auf die Siedlung und den Straßenverkehr aufgeführt und bewertet. Die Ausführungen des Umweltberichtes bzgl. Blendung beziehen sich dabei nicht auf konkrete Berechnungen zur Vorhabenplanung. Aus den Unterlagen ist nicht zu ersehen, ob eine Gefährdung des Schutzgutes Mensch / Menschliche Umwelt ausgeschlossen werden kann. Eine Untersuchung zur Problematik liegt nicht vor.</p> <p>Die in der Textlichen Festsetzung unter Punkt 7 aufgeführten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zum Sicht- und Blendschutz, wie Hecken- und Baumstreifenbepflanzung, sind in der Umsetzung zu konkretisieren. (Anzahl und Höhe der Heckenreihen, Reihenabstand, Pflanzabstand etc.</p> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p>	<p>Zur Reduzierung von möglichen Beeinträchtigungen werden folgende Maßnahmen ausgeführt:</p> <p>Maßnahme A3 Neuanpflanzung von Feldgehölzen als Niederhecke zum Zwecke der Abschirmung von Lichtreflexionen und Sichtverschattung</p> <p>Maßnahme A4 Sichtschutz durch Anbringen von Vlies an Zaun</p> <p>Die aufgeführten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zum Sicht- und Blendschutz, wie Hecken- und Baumstreifenbepflanzung werden als Bestandteil der nachgeordneten Genehmigungsplanung konkretisiert..</p> <p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
15.8	Landkreis Potsdam-Mittelmark Untere Jagdbehörde		Durch die Untere Jagdbehörde erfolgte keine Äußerung.	
15.9	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Kreisstraßenbetrieb		Das Vorhaben betrifft keine Kreisstraßen. Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich deshalb keine Hinweise bzw. Einwendungen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
15.10	Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalau- sicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde		<p>Belange des Baudenkmalschutzes sind nicht betroffen. Im unmittelbaren Bereich des Vorhabens sind derzeit keine geschützten Bodendenkmale gemäß § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2 Nr. 4 Denkmalschutzgesetz des Landes Brandenburg bekannt.</p> <p>Es besteht jedoch in dem ausgewiesenen Bereich aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Stellungnahme des BLDAM vom 18.01.2024). Sind hier Erdarbeiten geplant, wird empfohlen, im Vorfeld eine archäologische Prospektion durchzuführen. Hierbei wird in einem archäologischen Fachgutachten geklärt, welche Auswirkungen das geplante Vorhaben auf Bodendenkmalstrukturen hat und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden. Mit der Bestandsanalyse ist eine archäologische Fachfirma zu beauftragen, die ein entsprechendes Gutachten erstellt.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die benannten Verpflichtungen für den Fall einer Entdeckung bisher unbekannter Bodendenkmale wurden als Festsetzung unter Punkt 9. Sonstige Festsetzungen Bodendenkmale in der Planzeichnung aufgenommen und somit im Plangebiet verbindlich.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Prospektionsmethode und der Zeitpunkt sind mit den Denkmalbehörden abzusprechen. Nach Abschluss der Bestandsanalyse wird die Untere Denkmalschutzbehörde hinsichtlich der ggf. weiteren notwendigen archäologischen Maßnahmen oder Freigabe des Baufeldes eine abschließende Stellungnahme abgeben.</p> <p>Flächen und Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (Zufahrten, Materiallager u.a.) dürfen nicht in den Bereichen der benannten Bodendenkmale und der Vermutungsflächen liegen. Ist dies nicht möglich, gelten die gleichen Aussagen wie für die Vermutungsflächen.</p> <p>Im gesamten Plangebiet können jederzeit bei mit Erdingriffen verbundene Baumaßnahmen Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben.</p>	
			<p>Die Untere Denkmalschutzbehörde ist im weiteren Verlauf zu beteiligen. Veränderungen an Bodendenkmalen bedürfen grundsätzlich einer Erlaubnis durch die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß § 19 BbgDSchG.</p>	<p>Die Untere Denkmalschutzbehörde wird im nachfolgendem Bauantragsverfahren beteiligt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
16	Land Brandenburg Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg Mittelstraße 5/5a 12529 Schönefeld	06.02.24	<p>Es wird auf die Stellungnahme vom 16.03.2023 (Az: 4121-50180/01908LF/2023) unter Aufrechterhaltung der getroffenen Aussagen und erteilten Hinweise verwiesen. Die Änderung beim Maß der baulichen Nutzung hat keine Auswirkungen auf die ursprüngliche Einschätzung.</p> <p>Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des Planvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen. 2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Postfach 2963, 53019 Bonn wenden. 3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landesplätzen finden Sie unter: "https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg". <p><i>Stellungnahme vom 16.03.2023:</i> <i>Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</i> <i>Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das Verfahren nicht berührt.</i> <i>Störung von Flugsicherungseinrichtungen steht dem Vorhaben nicht entgegen.</i> <i>Derzeit bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans.</i></p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><i>Abwägung vom 23.11.2023:</i> <i>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
17	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Lindenstraße 34 14467 Potsdam	06.02.24	<p>Die bereits abgegebene Stellungnahme vom 24.07.2023 zum FNP wird aufrechterhalten. Sie gilt gleichermaßen für die 5. Änderung des FNP und den BP 19 für den Bereich "Solarpark Dunke".</p> <p>Es wird um eine weitere Beteiligung im Verfahren gebeten. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung) beantragen wir deren Übersendung mit Eingangsbestätigung vorzugsweise per E-Mail.</p> <p>Stellungnahme vom 24.07.23 zum FNP:</p> <p>Das Plangebiet ist landwirtschaftliche Nutzfläche im unbebauten Offenlandbereich. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt für das Erreichen der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele und zur Umsetzung der Energiewende ein <u>naturverträglicher</u> Ausbau von PV-Anlagen eine wichtige Rolle. Zum Schutz von Natur und Landschaft sollten Flächenkapazitäten im Innenbereich (Wohn-, Industrie- und Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung <u>außerhalb</u> von Schutzgebieten errichtet werden. Auch sollten innovative Nutzungen wie "Agri-PV-Fläche" in Betracht gezogen werden.</p> <p>Naturschutzfachliche Belange müssen bei der Standortwahl hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Planung auf der Grundlage des aktuellen Baurechts erfolgt mit dem Ziel, mit der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern, den Ausstoß an CO2 zu verringern und damit dem Klimawandel entgegen wirken soll.</p> <p>Gemäß Beschluss des Bundestages soll die deutsche Stromversorgung deutlich schneller auf erneuerbare Energien umgestellt werden.</p> <p>Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p> <p>Ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung besteht auch aufgrund von § 2 EEG. Aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie sollte der geplanten Nutzung der Vorrang eingeräumt werden.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Grundsätzlich sind vorh. Landschaftsstrukturen zu erhalten, aufzuwerten und zu ergänzen. PV-Freiflächenanlagen sollten bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung errichtet werden. Gebiete mit hochwertigem Landschaftsbild und ökologisch hochwertigen Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten) sind für die Bebauung von PV-Freiflächenanlagen auszusparen.</p> <p>PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV-Anlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna nicht abgeschätzt werden. Welchen Einfluss das Plangebiet auf den Flugkorridor der Großtrappen zwischen Fiener Bruch und Havelländisches Luch haben kann, kann nicht abgeschätzt werden. Es wird auf das Verschlechterungsverbot hingewiesen. Der bereits nachgewiesene Rückgang der Artenvielfalt wird durch Lebensraumverluste in Folge von Überbauung und Nutzungsänderungen wesentlich weiter vorangetrieben. Der Schutz der Biodiversität muss deutlich stärker Berücksichtigung finden.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten. Es werden Bedenken angemeldet, da die Planfläche, wenn auch nur zeitlich begrenzt, der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird, erheblichen Einfluss auf den Fortbestand geschützter Arten hat und für den Landschaftsraum bereits eine Vielzahl ähnlicher Planvorhaben bestehen. Es wird um die weitere Einbeziehung in das Verfahren sowie die Zustellung des Abwägungsergebnisses gebeten.</p>	<p>Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt. Im Plangebiet vorhandene Tierarten wurden im Artenschutzfachbeitrag erfasst und dazu erforderliche Schutzmaßnahmen in der Planung berücksichtigt.</p>
18	<p>Land Brandenburg Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam</p>	06.02.24	<p>Die Unterlagen wurden von Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft des Landesamtes für Umwelt zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird eine Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark.</p> <p>Bereits mit der Stellungnahme 041/23 T26 als Bestandteil der Gesamtstellungnahme LFU-TOEB-3700/839+6-107748/2023 vom 16.03.2023 wurde sich zur Planung geäußert.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			Da sich innerhalb des Plangebietes keine Immissionsorte im Sinne des BImSchG befinden und auch im Rahmen des vorliegenden Plans keine Immissionsorte errichtet werden sollen, entfällt ein Schutzanspruch hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
			Vom Plangebiet gehen Emissionen in Form von Lärm und Blendwirkung aus, die geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten zu führen. Auf Grund der konkreten örtlichen Verhältnisse sind sowohl Blendwirkungen als auch Lärmimmissionen auf die Wohngebäude in Dunke nicht auszuschließen. Ein entsprechendes Gutachten, ggf. mit Vorschlägen für textliche Festsetzungen oder alternativ die Aufnahme textlicher Festsetzungen, die eine Blendwirkung auf die westlich des Plangebietes gelegenen Wohngebäude ausschließen, wird für erforderlich gehalten.	Zur Reduzierung von möglichen Beeinträchtigungen werden folgende Maßnahmen ausgeführt: Maßnahme A3 Neuanpflanzung von Feldgehölzen als Niederhecke zum Zwecke der Abschirmung von Lichtreflexionen und Sichtverschattung Maßnahme A4 Sichtschutz durch Anbringen von Vlies an Zaun

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die im Vorentwurf unter Punkt 1 bzw. 1.1 getroffenen Festsetzungen genügen dazu nicht. Hinsichtlich möglicher Lärmimmission ist erkennbar, dass eine Photovoltaikanlage errichtet werden kann, ohne zu Richtwertüberschreitungen zu führen. Im Rahmen der späteren Baugenehmigung ist jedoch zu prüfen, ob durch Wechselrichter und Transformatoren Überschreitungen verursacht werden können. Auf das Plangebiet wirken mangels Immissionsort keine unzulässigen Immissionen ein. In einem zu beachtenden Abstand zur Erweiterungsfläche befinden sich keine bekannten Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV unterliegen.</p>	<p>Im nachfolgendem Bauantragsverfahren werden die Standorte von Wechselrichtern und Transformatoren konkretisiert.</p>
			<p>Umweltbericht Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft. Den entsprechenden Ausführungen im Umweltbericht kann gefolgt werden.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>
			<p>Dem Vorhaben kann hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes voraussichtlich zugestimmt werden, allerdings sind in Bezug auf eine mögliche Blendwirkung noch Ergänzungen erforderlich.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>
			<p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Plans bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
19	Stadt Brandenburg an der Havel Klosterstraße 14 / Haus A 14770 Brandenburg an der Havel	06.02.24	<p>Entsprechend des Abwägungsprotokolls zum Vorentwurf wurden die Hinweise zur eventuellen Inanspruchnahme des Gebietes der Stadt Brandenburg an der Havel für Netzanschlussmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Derzeit sind mehrere Planungen von Solarparks im Bereich des angrenzenden Amtes Wusterwitz und der Gemeinde Milower Land bekannt. Zwar befindet sich der hier geplante Solarpark Dunke ca. 3 km vom Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel entfernt, jedoch empfiehlt es sich im Sinne einer vorausschauenden Planung, die kumulativen Auswirkungen der geplanten und bereits vorhandenen Solarparks in der näheren bzw. weiteren Umgebung im Zuge der Umweltprüfung oder einer übergemeindlich abgestimmten Standortkonzeptes für PV-Freiflächenanlagen im Sinne der interkommunalen Abstimmung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zu betrachten und zu bewerten, um insbesondere auch den Landschaftsraum und das Landschaftsbild im Bereich der gemeinsamen Gebietsgrenzen vor technischen Überprägungen und Überlastungen zu schützen.</p> <p>Weitere Hinweise und Anmerkungen zur Planung gibt es nach dem jetzigen Planungsstand nicht.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
20	Land Brandenburg Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege Wünsdorfer Platz 4-5 15806 Zossen	18.01.24	<p>Im Bereich des Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg registriert.</p> <p>Fast im gesamten Vorhabenbereich besteht jedoch aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind.</p> <p>Die Vermutung gründet sich u.a. auf folgende Punkte:</p> <p>1) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagern. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg stellten derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung dar.</p> <p>2) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen der bekannten Fundstellen in der näheren Umgebung.</p> <p>3) In Teilen des Vermutungsbereiches deuten Bodenfunde (Fundplatz Vehlen 7) bereits auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin.</p> <p>Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Belange der Bodendenkmalpflege wurden unter Punkt 9. Sonstige Festsetzungen Bodendenkmale in der Planzeichnung aufgenommen und somit im Plangebiet verbindlich:</p> <p><i>"Bisher sind keine Bodendenkmale bekannt. Bei Entdeckung bisher unbekannter Bodendenkmale bestehen folgende Verpflichtungen:</i></p> <p><i>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o.ä., entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG).</i></p> <p><i>Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, zwei Wochen im Voraus mitzuteilen. Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten - auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen - Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u.ä.) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen.</p>	<p><i>Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG). Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren."</i></p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen.</p> <p>Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:</p> <p>Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind. In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.</p> <p>Bei einer bauvorbereitenden Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: in den ausgewiesenen Bereichen werden in einem Abstand von 25m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u.ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Fällt das Ergebnis negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.</p> <p>Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z.B. Bau- und Materiallager und auch Arbeitsstraßen) sollten nicht im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o.ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden ggf. kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p>Es wird darum gebeten, die Planunterlagen entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.</p> <p>Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahme gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:</p> <p>Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de</p>	
			<p>Hinweis:</p> <p>Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Die Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange. Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Tabelle 4 Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
3	Amt Ziesar	05.01.24
5	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Potsdam	08.01.24
8	Stadt Genthin	16.01.24
10	Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde	19.01.24
13	Land Brandenburg, Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	30.01.24
14	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement	30.01.24

Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

Es sind keine Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangen.